

Das Verhältnis von Antidumping- und Kartellrecht in der Europäischen Gemeinschaft

Eine Untersuchung der wettbewerbsrechtlichen Schranken
des EG-Handelsschutzrechts

Dr. Thomas W. Wessely LL.M.

Rechtsanwalt in Köln



C.H. BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNCHEN 1999

Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	I

Erster Teil

Grundlagen des Verhältnisses von Antidumping- und Wettbewerbsrecht in der Gemeinschaft

Kapitel 1 - Der wettbewerbspolitische Regelungsgedanke der Dumping- abwehr	7
Kapitel 2 - Auseinanderfallen von theoretischer Rechtfertigung und tatsächlicher Praxis der Abwehr von Dumping	34
Kapitel 3 - Die Unterschiedlichkeit der Maßstäbe im Kartell- und Antidumpingrecht	76
Kapitel 4 - Das wettbewerbsbeschränkende Potential des Antidumpingrechts	109
Kapitel 5 - Die Tendenz zur Ersetzung des Antidumpingrechts durch "Wettbewerbsregeln	155

Zweiter Teil

Wettbewerbsrechtliche Schranken der Antidumpingpolitik

Kapitel 6 - Der Grundsatz unverfälschten Wettbewerbs als Schranke der Handelsschutzpolitik der Gemeinschaft/Vertragsrechtliche Analyse	213
Kapitel 7 - Die Berücksichtigung wettbewerbsrechtlicher Maßgaben in der Antidumpingpolitik: Bilanz der bisherigen Verwaltungspraxis und der Rechtsprechung	273
Kapitel 8 - Ansätze einer wettbewerbskonformen Auslegung und Anwendung des EG-Antidumpingrechts	335
Ergebnis in Thesen	449
Literaturverzeichnis	461

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Erster Teil

Grundlagen des Verhältnisses von Antidumping - und Wettbewerbsrecht
in der Gemeinschaft

Kapitel 1 - Der wettbewerbspolitische Regelungsgedanke der Dumpingabwehr.	7
I. Grundlagen des Regelungsgedankens der Dumpingabwehr.	10
1. Die Entstehungsgeschichte der Dumpingabwehr.	10
2. Der Regelungsgegenstand der Dumpingabwehr.	13
3. Der Regelungszusammenhang des Artikels 91 EGV aF.	14
4. Der Regelungszusammenhang des GATT.	18
II. Definition des Regelungszwecks der Dumpingabwehr.	20
1. Wettbewerbspolitische Zielsetzung.	21
2. Sonderbereich des Wettbewerbsrechts.	26
3. Regelungszweck und tatsächliche Funktion.	30
4. Handelsschutzrechtliche Einbettung.	32
III. Zusammenfassung und Zwischenergebnis.	32
Kapitel 2 - Auseinanderfallen von theoretischer Rechtfertigung und tatsächlicher Praxis der Abwehr von Dumping	34
I. Der Dumpingtatbestand als Hilfstatbestand und seine daraus resultierende Entkoppelung vom Regelungsgrund der Dumpingabwehr.	34
II. Überschießende protektionistische Wirkungen durch die Ausgestaltung und die praktische Anwendung des Antidumpingrechts.	37
1. Asymmetrien bei der Berechnung von Normalwert und Ausfuhrpreis.	38
2. Der Rückgriff auf Schätzungen und gewogene Durchschnittswerte.	40
3. Die subsidiären Methoden zur Bestimmung des Normalwerts.	47
4. Die Bedeutung der Wechselkurse.	58
5. Die Verhängung von Residualzöllen.	59
6. Die Maßgeblichkeit der Schädigungsspanne.	62
III. Die tatsächliche Funktion des Antidumpingrechts als Instrument des Einfuhrschutzes und der Industriepolitik.	65
Kapitel 3 - Die Unterschiedlichkeit der Maßstäbe im Kartell- und Antidumpingrecht.	76
I. Preisdiskriminierung.	76
1. Marktbeherrschung als Voraussetzung.	76
2. Sachlich gerechtfertigte Gründe für Preisdifferenzierungen.	78
3. Die von der Wettbewerbsbeschränkung betroffene Handelsstufe.	82
4. Überblick über die kartellrechtliche Fallpraxis.	83

II. Verdrängungswettbewerb durch Kampfpreisunterbietung	88
1. Vorbemerkung	88
2. Überblick über die kartellrechtliche Fallpraxis.	89
3. Überblick über die kartellrechtliche Praxis in den USA.	94
4. Vergleich der kartellrechtlichen Wertungen mit dem Antidumpingrecht	96
a) Wettbewerbspolitische Beurteilung.	96
b) Bedeutung der Marktstruktur.	98
c) Bedeutung der Preis-Kosten-Analyse.	100
d) Berücksichtigung sonstiger Umstände.	102
e) Vergleich der Abhilfemaßnahmen	104
5. Die Durchsetzung von Dumpingvorwürfen in Kartellverfahren in den USA	105
III. Zwischenergebnis.	106

Kapitel 4 - Das wettbewerbsbeschränkende Potential des

Antidumpingrechts 109

I. Überblick über die Antidumpingpraxis der Gemeinschaft.	109
II. Wettbewerbsbeschränkende Aspekte des AD-Verfahrens.	111
III. Wettbewerbsbeschränkende Aspekte von Antidumpingmaßnahmen.	117
1. AD-Maßnahmen stützen Kartelle der Gemeinschaftshersteller.	119
2. AD-Maßnahmen schützen EG-Monopolisten und oligopolistische Marktstrukturen.	128
a) AD-Maßnahmen und der Mißbrauch marktbeherrschender Stellungen: Der Fall <i>BPB Industries</i>	128
b) AD-Maßnahmen und der Mißbrauch marktbeherrschender Stellungen: Die Fälle <i>Soda-ICI</i> und <i>Soda-Solvay</i>	133
c) AD-Maßnahmen und der Mißbrauch marktbeherrschender Stellungen: Weitere Fälle.	137
d) AD-Maßnahmen zum Schutz des einzigen Gemeinschaftsherstellers eines Produktes oder enger Oligopole.	138
3. „Privatisierung“ des AD-Rechts?	141
4. AD-Maßnahmen als Anreiz zu Preisangleichung und Kartellisierung	143
5. AD-Maßnahmen erhöhen die Marktzutrittsschranken für Neuausfuhrer.	147
6. AD-Maßnahmen verfälschen den Wettbewerb auf nachgelagerten Märkten und Handelsstufen	148
7. AD-Politik als verwalteter Wettbewerb.	149
IV. Zwischenergebnis: Die Ambivalenz des Verhältnisses der AD-Politik zur Wettbewerbsordnung des EG-Vertrags.	153

Kapitel 5 - Die Tendenz zur Ersetzung des Antidumpingrechts durch Wettbewerbsregeln 155

I. Die Praxis der Gemeinschaft.	155
1. Die Regelung innergemeinschaftlichen Dumpings in Art. 91 EGV a.F.	155
2. Antidumpingregeln in den Beitrittsakten.	157
3. Das EWR-Abkommen: Die Abschaffung von Antidumpingmaßnahmen innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums.	159

4. Antidumping- und Wettbewerbsregeln in den Freihandels- und Assoziierungsabkommen der Gemeinschaft	166
a) Die Freihandelsabkommen erster Generation: Das Abkommen mit Österreich	166
b) Die Freihandelsabkommen zweiter Generation: Das Abkommen mit Polen	171
II. Rechtsvergleichende Perspektiven	177
1. Das EFTA-Übereinkommen	177
2. Das Freihandelsabkommen zwischen Australien und Neuseeland (ANZCERTA)	180
3. Das Freihandelsabkommen zwischen Kanada und den USA (FTA)	185
4. Das Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko (NAFTA)	189
III. Perspektiven einer weltweiten Ersetzung des Antidumpingrechts durch Wettbewerbsregeln	193
IV Gesamtbewertung	202
1. Der Verzicht auf das AD-Recht als Element regionaler Integrationszonen	202
2. Das AD-Recht als handelsbeschränkendes Substitut internationaler Wettbewerbsregeln	204
3. Das für den Verzicht auf AD-Maßnahmen erforderliche Maß an wirtschaftlicher Integration	205
4. Die Anwendung der Wettbewerbsregeln auf den zwischenstaatlichen Handel: Institutionelle Ausgestaltung und inhaltliche Anforderungen	208
5. Übergangslösungen auf dem Weg zur Ersetzung des AD-Rechts durch das Wettbewerbsrecht	210

Zweiter Teil

Wettbewerbsrechtliche Schranken der Antidumpingpolitik

Kapitel 6 - Der Grundsatz unverfälschten Wettbewerbs als Schranke der Handelsschutzpolitik der Gemeinschaft:	
Vertragsrechtliche Analyse	213
I. Unverfälschter Wettbewerb als verfassungsrechtliches Strukturprinzip des Gemeinsamen Marktes	213
1. Freier Wettbewerb als Integrationsverfahren	214
2. Der Grundsatz freien Wettbewerbs als Grundlage subjektiver Freiheitsrechte	216
3. Der Grundsatz freien Wettbewerbs als Kern der durch den EGV garantierten Marktwirtschaft	218
a) Überblick über die bisherige Diskussion	219
b) Stellungnahme	222
4. Der Grundsatz freien Wettbewerbs als Grundsatz von Verfassungsrang	226
II. Die Außendimension des Wettbewerbsprinzips	227
1. Vertragsrechtliche Grundlagen	227
2. Die Rechtsprechung des EuGH und die Verwaltungspraxis der Kommission zur Anwendung der Wettbewerbsregeln auf Beschränkungen des Importwettbewerbs	230

III. Die Bindung der Gemeinschaftsorgane an den Grundsatz freien Wettbewerbs.	233
1. Herleitung der Bindung aus dem Grundsatz der Vertragsmäßigkeit des Gemeinschaftshandelns.	234
a) Die Ausrichtung des Gemeinsamen Marktes auf freien Wettbewerb als die Gemeinschaftsorgane bindendes Leitbild.	234
b) Die wirtschaftlichen Freiheitsrechte der Marktbürger als Schranke des Gemeinschaftshandelns.	240
c) Die EG als Rechtsgemeinschaft: Das Erfordernis enger rechtlicher Bindungen wegen nur beschränkter demokratischer Legitimation und Kontrolle.	241
2. Ausprägung der Bindung in einzelnen Vertragsvorschriften.....	242
3. Zusammenfassung.	244
IV. Die Konkretisierung der Bindung an das Wettbewerbsprinzip in der Pflicht zur Harmonisierung konkurrierender Vertragsziele.	245
1. Die Pflicht zur Harmonisierung konkurrierender Vertragsziele....	245
2. Das Wettbewerbsprinzip im Abwägungsvorgang.	247
a) Die negative oder kompetenzbegrenzende Funktion des Harmonisierungsgebots: Bindung an das Wettbewerbsprinzip bei der Verfolgung anderer Vertragsziele.	247
b) Die positive oder kompetenzerweiternde Funktion des Harmonisierungsgebots: Bindung an das Wettbewerbsprinzip im Rahmen der Wettbewerbspolitik selbst.	252
V Die Bindung an das Wettbewerbsprinzip im Rahmen der Handelsschutzpolitik.	257
1. Die Ausgestaltung des Verhältnisses der Handelsschutzpolitik zum System unverfälschten Wettbewerbs im EG-Vertrag.	257
a) Allgemeine Handelsschutzpolitik.	257
b) Antidumpingrecht.	259
2. Definition der wettbewerbsrechtlichen Schranken der Handelsschutzpolitik.	261
a) Verbot der völligen Ausschaltung des Wettbewerbs.	262
b) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.....	264
c) Verbot des Formenmißbrauchs.	269
d) Entsprechende Anwendung der Effet-utile-Rechtsprechung.	270
 Kapitel 7 - Die Berücksichtigung wettbewerbsrechtlicher Maßgaben in der Antidumpingpolitik: Bilanz der bisherigen Verwaltungspraxis und der Rechtsprechung	 273
I. Die Verwaltungspraxis der Kommission und des Rates.	273
1. Fallanalysen I: Ansätze eines Eingehens auf wettbewerbliche Zusammenhänge in AD-Verordnungen und -Entscheidungen.	273
2. Fallanalysen II: Aus Kartellentscheidungen rückblickend erkennbare Versäumnisse der Berücksichtigung wettbewerblicher Implikationen bei der Entscheidung über Antidumpingmaßnahmen.	282
3. Vorläufige Bilanz und Zusammenfassung.	292
II. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs.	295
1. Der Fall <i>NTNToyo Bearing</i> (1979).	296
2. Der Fall <i>Allied I</i> (1984).	297
3. Der Fall <i>Gestetner</i> (1990).	298
4. Der Fall <i>Nölle</i> (1991).	302

5. Der Fall <i>Extramet II</i> (1992)	304
6. Das Urteil <i>Industries des poudres sphhiques</i> (1998)	313
7. Weitere Maßgaben der Rechtsprechung des Gerichtshofs	314
8. Zusammenfassung	317
III. Die neuere Verwaltungspraxis	318
1. Die Fortsetzung im Fall <i>Extramet</i>	318
2. Die erneute Verhängung von AD-Zöllen im Soda-Sektor	323
3. Die sonstige neuere Verwaltungspraxis	328
Kapitel 8 - Ansätze einer wettbewerbskonformen Auslegung und Anwendung des EG-Antidumpingrechts	335
I. Die wettbewerbskonforme Ausrichtung der Antidumpingpolitik. Grundsätzliche und rechtspolitische Erwägungen	335
1. Weitgehende Rücknahme des Antidumpingrechts zugunsten internationaler Wettbewerbsregeln	335
2. Verhinderung des Mißbrauchs des Antidumpingrechts als faktisches Einfuhrschutzinstrument	340
II. Die wettbewerbskonforme Auslegung und Anwendung der einzelnen Tatbestandsmerkmale des Antidumpingrechts	344
1. Die Prüfung des Dumpingtatbestands	344
a) Faire und ausgewogene Berechnung der Dumpingspanne	344
b) Präzisierung des Dumpingtatbestandes durch Korrekturen <i>de legeferenda</i>	346
aa) Dumping bei kostendeckenden Verkäufen?	347
bb) Variable statt Gesamtkosten als Maßstab der Unlauterkeit?	347
cc) Widerlegbarkeit der Unlauterkeitsvermutung durch sachlich gerechtfertigte Gründe für die Preisdiskriminierung?	348
dd) Widerlegbarkeit der Vermutung für die Abschottung des Ausfuhrmarkts?	353
2. Die Prüfung der Schädigung eines Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft	354
a) Generell einschränkende Auslegung des Schädigungstatbestandes?	354
b) Die Kausalität des Dumpings für die Schädigung	356
aa) Schädigung nur als Schädigung eines wettbewerbsfähigen Industriezweigs?	356
bb) Nichtberücksichtigung der Schädigung, die die Einfuhren auch ohne Dumping bewirkt hätten	358
c) Die Schädigung auf wettbewerbslich problematischen Märkten	361
d) Sonstige Ansatzpunkte wettbewerbskonformer Auslegung	365
3. Die Prüfung des Gemeinschaftsinteresses	366
a) Allgemeines zum Gemeinschaftsinteresse	366
b) Die Erhaltung wirksamen Wettbewerbs als abwägungserheblicher Gesichtspunkt bei der Feststellung des Gemeinschaftsinteresses	368
aa) Einstellung in die Abwägung	369
bb) Anforderungen an den Abwägungsvorgang	372
cc) Das Abwägungsergebnis: Die Konsequenzen beschränkten Wettbewerbs auf dem Gemeinschaftsmarkt für die Entscheidung über Schutzmaßnahmen	376
c) Erhaltung wirksamen Wettbewerbs durch Schutz der Gemeinschafts- hersteller?	386
d) Verbraucherinteressen	390

4. Die Auswahl der angemessenen Schutzmaßnahme.	392
5. Die Anpassung, Aussetzung und Aufhebung von Antidumping- maßnahmen.	397
III. Die verfahrensrechtliche Absicherung der Beachtung wettbewerbs- politischer Implikationen von AD-Verfahren.	401
IV Die Berücksichtigung wettbewerbsbeschränkender Praktiken der EG-Hersteller im AD-Verfahren.	404
1. Verfahrensrechtliche Probleme.	405
a) Pflicht der Antidumpingbehörden zur Durchführung einer eigenen Wettbewerbsuntersuchung.	405
b) Reichweite und Rahmenbedingungen der Wettbewerbsunter- suchung innerhalb des Antidumpingverfahrens.	409
c) Die verfahrensrechtlichen Folgen der Wettbewerbsuntersuchung innerhalb des Antidumpingverfahrens.	411
d) Die Berücksichtigung sachlich paralleler Kartellverfahren.	412
2. Die materiellen Auswirkungen von Wettbewerbsverstößen der Gemeinschaftshersteller auf die Tatbestände des Antidumpingrechts	416
a) Dumpingtatbestand.	416
b) Schädigungstatbestand.	417
c) Gemeinschaftsinteresse.	419
3. Die Anpassung, Aussetzung und Aufhebung von AD-Maßnahmen bei Wettbewerbsverstößen nach der Einführung von AD-Maßnahmen	422
V. Wettbewerbsbeschränkende Praktiken der drittstaatlichen Ausführer und Antidumpingrecht.	425
VI. Antidumpingverfahrensrecht und wettbewerbsrechtlicher Spielraum der beteiligten Unternehmen.	428
1. Die gemeinsame Vorbereitung einer Dumpingbeschwerde im Lichte des Wettbewerbsrechts.	429
2. Die Erhebung einer Dumpingbeschwerde als Wettbewerbsverstoß	433
3. Konzentrierte Preiserhöhungen und sonstige Maßnahmen beteiligter Unternehmen am Rande von AD-Verfahren.	442
VII. Die Angleichung der verfahrensrechtlichen Grundsätze und der gericht- lichen Kontrolleuchte in AD-Sachen an die des Wettbewerbsrechts.	444
Ergebnis in Thesen.	449
Literaturverzeichnis.	461